

Antrag zu RCDS-Bundesverbandsforderungen

Antragsteller: Tobias Deeg

Das Studierendenparlament möge beschließen:

1. Die Verfasste Studierendenschaft des KITs positioniert sich entschieden gegen die vom RCDS-Bundesverband, LHG-Bundesverband und Veronika Grimm erhobene Forderung, Studiengebühren wieder flächendeckend einzuführen und Studiengebühren als Instrument zur besseren Finanzierung von Hochschulen in Erwägung zu ziehen. Insbesondere erhöhte Studiengebühren für Studierende aus dem EU-Ausland schaden der akademischen Landschaft in Deutschland
2. Das Studierendenparlament stellt fest, dass die in diesem Rahmen erhobenen Forderungen gegen die Interessen der KIT-Studierenden und der KIT-Studierendenschaft gerichtet sind und verurteilt dies aufs Schärfste.
3. Das Studierendenparlament fordert den RCDS Karlsruhe auf, sich klar gegen den Beschluss seines Bundesverbandes zu positionieren und Farbe zu bekennen zu den sozialen Interessen der Studierenden im Land.
4. Das Studierendenparlament beauftragt den Vorstand der Studierendenschaft, öffentlich Stellung zu durch zu den Beschlossenen Positionen der Absätze 1 und 2 zu beziehen.

Begründung:

In seiner Stellungnahme vom 22.11.2024 fordert der Bundesverband des RCDS die Aufnahme von Studiengebühren in das CDU-Wahlprogramm (<https://www.rcds.de/aktuelles/rcds-unterstuetzt-vorschlag-zu-studiengebuehren-und-fordert-langfristi/>)

Er erklärt weiterhin, dass Studiengebühren ein angemessenes Mittel seien, um die Finanzierungslücken an Hochschulen auszugleichen. Ideen, die Studiengebühren nach dem Studium gestaffelt und einkommensabhängig einzuziehen, können nur als völlig weltfremd bewertet werden – wie soll das bitte logistisch wie bürokratisch machbar sein? Was passiert mit Studienabbrechern? Was mit Leuten, die nach ein paar Semester ihr Fach wechseln? Am Ende wird durch diese Forderung einfach nur wieder das Fass Studiengebühren aufgemacht, aus dem sich die Fiskalpolitik dann wieder reichlich bedienen will.

Wer sich fragt, wie „pragmatisch“ und „realpolitisch“ – beides beliebte konservative Kampfbegriffe - solche Forderungen sind, der möge sich beispielsweise mit der Armutsquote von Studierenden in Deutschland befassen, mit der massiven Wohnungsnot und den absurden Mietpreisen in Studi-Städten. Oder, wer es konkreter mag, mit dem seit Jahren trotz wenig Öffentlichkeitsarbeit massiv steigenden Antragsvolumen an unsere Notlagenhilfe, der Verzweiflung der angehenden Studierenden, die wochenlang auf Feldbetten in unseren Notunterkünften schlafen und ihren Studieneinstieg statt mit Vorlesungen mit Wohnungsbesichtigungen verbringen, oder mit der massiven Unterfinanzierung

auch der Studierendenwerke, die unter widrigsten Umständen versuchen, den Studierenden noch irgendwie eine Mensa und Wohnheimplätze zur Verfügung zu stellen.

Studierende sind die schwächste soziale Schicht Deutschlands. Studierende leben in teils menschenunwürdigen Verhältnissen. Oftmals verkommt das Studium, dieser auch für die persönliche Entwicklung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein so essenzielle Teil des eigenen Bildungswegs mehr und mehr zu einem Wettrennen gegen die Zeit bzw. gegen den eigenen Kontostand. Wie soll man sich sinnvoll auf Studieninhalte konzentrieren, wenn man sich Gedanken darüber machen muss, ob man sich die zweite Hälfte des Monats wohl wieder von Reis und Tomatensauce ernähren muss?

Das alles prallt auf den absoluten politischen Unwillen, die Hochschulen vernünftig zu finanzieren. Es hängt nicht an der Verfügbarkeit – die Steuereinnahmen sind erst dieses Jahr in Baden-Württemberg wieder auf ein Rekordhoch gestiegen. Es hängt schlicht daran, dass Studis politisch keine Priorität haben, weil sie für Wahlen als weitestgehend irrelevant empfunden werden.

In diese Situation, in der selbst ein Festhalten am ohnehin schon miserablen sozialen Status Quo der Studierenden schon ein Kampf ist, platzt jetzt ein Haufen privilegierter Studis, die neben ihrem Studium die Zeit haben, sich mit bundesweiter ehrenamtlicher Partei- und Klientelpolitik auseinanderzusetzen und möchte seinen weniger privilegierten Mitstudis gern die finanziellen Daumenschrauben noch weiter anziehen. Natürlich soll hier nicht grundsätzlich ehrenamtliches Engagement angegangen werden – das wäre ja gerade auch in unserer Position auch mehr als seltsam. Aber machen wir uns nichts vor, Studierende in der ehrenamtlichen Hochschulpolitik bilden wohl kaum die durchschnittliche Sozialstruktur der Studierenden ab. Unabhängig davon scheint der RCDS hier aber völlig uninteressiert an der Lebensrealität zahlloser Studierender.

Nicht die, die massiv und überproportional von gutausgebildeten Fachkräften profitieren (also die Industrie und die oberen sozialen Schichten) sollen nach Meinung des RCDS-Bundesverbands das deutsche Bildungssystem retten, sondern die Studierenden, denen nach den Krisen der letzten Jahre das Wasser ohnehin bis zum Hals steht. Und wenn arme Menschen dann eben nicht mehr studieren können, was solls – die sind ja ohnehin keine konservativen Stammwähler...

Forderungen wie diese untergraben nicht nur in bester und traditioneller RCDS-Manier die Forderungen der breiten Studierendenschaft und den politischen wie sozialen Zusammenhalt unter den Studierenden, sondern sind auch realitätsfern, gesellschaftlich hochgradig riskant und absolut unsolidarisch. Wieder einmal zeigt der RCDS, dass er kein gesteigertes Interesse am Wohl gewöhnlicher Studierender hat.

Der RCDS Karlsruhe kann jetzt zeigen, dass er im Gegensatz zu seinem Bundesverband ein echtes Interesse an den sozialen Belangen der Studierenden hat. Nur wenn er sich laut und öffentlich gegen den Beschluss seines

Bundesverbands wendet, behält er seine Glaubwürdigkeit dabei, sich für die Interessen der Studierenden einzusetzen.